

Landtagsinfo vom 29.07.2019

Uli Sckerl MdL



Liebe Freundinnen und Freunde,

am 27. Juli war Parteitag der CDU BW in Heilbronn, um Frau Eisenmann zur neuen Spitzenkandidatin zu krönen. Dabei gab es eine unglaubliche Entgleisung des CDU-Generalsekretärs Hagel gegen unseren Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Zitat aus der Parteitagsrede von Hagel: „Jedem muss klar sein und ich sage es als Jäger: die politische Schonzeit für Winfried Kretschmann endet“. Was will uns dieser Möchtegern-Jäger mit dieser Anleihe aus dem Sprachgebrauch eines AfD-Gauland sagen? So ein Satz in Zeiten rechtsextremer Gewalt gegen Politiker ist ein Hammer. Das lassen wir dem Herrn nicht durchgehen. Und es zeigt die ganze Planlosigkeit einer CDU, die sich mit dem Wechsel der Spitzenkandidatin nicht ändern wird. Was sagt Frau Eisenmann, die sich für „respektvollen Umgang“ einsetzt, eigentlich zum Jagdfieber ihres Wadenbeißers? Übrigens: Der Generalsekretär der Südwest-CDU bezeichnet sich als Mitglied der CDU-internen „Werteunion“ des Herrn Maaßen.

Bei uns vor Ort hatten wir am 25.7. als letzten Akt vor der Sommerpause eine gut besuchte lebhaftere Kreisversammlung, deren Höhepunkt zweifellos der Besuch von 4 Aktiven der „Fridays for Future“-Bewegung aus Schriesheim und Weinheim waren. Wir haben gestaunt und waren tief beeindruckt, wie engagiert sie sind und wie gut sie sich in den Ursachen und Zusammenhängen der Klimakrise auskennen! Deutlich wurde: Diese Bewegung ist keine Eintagsfliege und wird nicht klein beigegeben. Am **20.9. 2019** wird der nächste europaweite Schulstreik stattfinden. Der Aufruf richtet sich dieses Mal auch an die Erwachsenen selbst zu streiken!

Jetzt wünsche ich Euch allen schöne nicht zu heiße Sommertage und gute Erholung. Wir melden uns ab dem 9. September wieder. In allen Angelegenheiten erreicht Ihr uns aber auch in der Sommerpause: wk@uli-sckerl.de und hans-ulrich.sckerl@gruene-landtag.bw.de
Für heute mit sehr herzlichen grünen Grüßen, Euer Uli

Aus der Landespolitik

Für unsere Wälder ist es 5 vor 12!

Die Situation im Wald ist dramatisch. Die Folgen des Klimawandels sind mittlerweile in unseren Wäldern deutlich sichtbar. Das gilt auch für die Bergstraße und den Vorderen Odenwald. Nachdem zuerst die Fichte durch Borkenkäferbefall massiv geschädigt wurde, sind mittlerweile Schäden an allen Hauptbaumarten zu beklagen. Es drohen

schwerwiegende Folgen für das Klima und die Artenvielfalt.

Landesweites Problem

In großen Teilen des Landes gibt es immense Schäden bei der Tanne. Sie galt bisher als eine der großen Hoffnungsträgerinnen im Kampf gegen den Klimawandel, da sie Hitze sehr gut aushält. Auch bei den Buchen und Kiefern im Rheintal sind in den letzten Wochen große Schäden gefunden worden, deren Ausmaße noch nicht bekannt sind. Bei uns in Weinheim sieht die Situation leider nicht besser aus. Eins steht fest und ist äußerst alarmierend: Der Wald droht sich in Teilen aufzulösen.

Auch handelt es sich nicht um ein temporäres und auch nicht um ein lokales Ereignis, die Situation ist in ganz Deutschland eine Herausforderung. Mit dem Sterben des Waldes geht nicht nur ein CO₂-Speicher verloren; die klimaschädlichen Treibhausgase, die der Wald zuvor speicherte, werden wieder freigesetzt. Neben dem Klimaschutz sind auch andere wichtige Schutzfunktionen des Waldes wie beispielsweise die Regulierung des Wasserhaushalts gefährdet. Mehrere Maßnahmen müssen sofort in die Wege geleitet werden. Wir müssen dringend vorhandene Flächen erhalten. Schadholz muss schneller aus dem Wald transportiert werden, um den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln im Wald zu umgehen. Geschädigte Bestände müssen umgehend wieder aufgeforstet werden. Die Waldbewirtschaftenden müssen bestmöglich ausgestattet und gefördert werden, um die Krisensituation meistern zu können. Ein erster Schritt ist die Umsetzung des angestrebten Ausbildungspakts, mit der wir auch in Zukunft für die qualitativ hochwertige Ausbildung in der Forstwirtschaft sorgen wollen. Wir schlagen zudem vor, ein effizientes und zentral organisiertes Risikomanagement bei Schadensereignissen zu etablieren. Und der baden-württembergische Wald muss zu klimastabilen Mischwäldern mit standortangepassten Baumarten umgebaut werden. Bei der Umsetzung erwarten wir von Forstminister Hauk und den Kreis-Forstämtern mehr Tempo. Mein Tipp an unsere Gemeinderät*innen: Beantragt öffentliche Begehungen Eurer Wälder durch die Gemeinderäte oder Fachausschüsse gleich nach den Sommerferien! Macht das neue Waldsterben zum Thema.

Klares Urteil gegen die Rechtsextremisten im Landtag, die Herren Gedeon und Räßle

Zum jüngsten Urteil des Verfassungsgerichtshofs BW auf die Klage der zwei Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon (fraktionslos, aber Mitglied der AfD) und Stefan Räßle (AfD-Fraktion) habe ich für meine Fraktion GRÜNE erklärt: „Das Landesverfassungsgericht stellt klipp und klar fest: Landtagspräsidentin Muhterem Aras kann störende Abgeordnete aus dem Parlament ausschließen. Die Dauerprovokateure Gedeon und Räßle haben völlig zu Recht die rote Karte erhalten. Das ist ein starkes Signal gegen diejenigen, die Gesetze und Verordnungen willkürlich auslegen. Das Landesverfassungsgericht macht deutlich,

dass die Spielregeln des Parlaments einzuhalten sind. Die Entscheidung ist auch als Warnung an die Fraktion der AfD insgesamt zu verstehen. Wer die Regeln des Landtags missachtet oder missbraucht, muss mit Konsequenzen rechnen.“

Rauswurf vor Weihnachten

In der Sitzung vom 12. Dezember 2018 schloss Muhterem Aras (GRÜNE) nach diversen Pöbeleien Gedeon und Räßle aus der Sitzung aus. Da diese den Plenarsaal nicht verlassen wollte, musste die Polizei gerufen werden. Erst dann verließen die beiden Störenfriede den Landtagssaal. Die Folge war ein Ausschluss für weitere drei Sitzungen. Die Klage gegen diese selbstverschuldeten Maßnahmen verloren die zwei Abgeordneten vor dem Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg. Die ausführliche Urteilsbegründung vom 22. Juli findet sich hier: https://verfgh.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-verfgh/dateien/1GR1-19_und_1GR2-19_Urteil.pdf

Neben Gedeon und Räßle tut sich mit Heinrich Fiechtner im Landtag ein weiterer fraktionsloser Abgeordneter mit AfD-Vergangenheit verstärkt unangenehm hervor. Allerdings musste ihn die Polizei bislang nur aus dem Stuttgarter Gemeinderat hinausführen. Es ist klar, dass wir keine Zustände wie in der Weimarer Republik dulden werden. Wir lassen uns unsere freiheitliche Gesellschaft, unser parlamentarisches System und unsere Demokratie nicht von solchen politischen Kräften verächtlich- und kaputtmachen.

Gemeinsame Kabinettsitzung mit Bayern besiegt Comeback der „Südschiene“

Zu Zeiten, als die CDU in Baden-Württemberg die Alleinregierung stellte, war die Zusammenarbeit mit der CSU in Bayern fast schon legendär. Sie nutzten es, um die speziellen Interessens ihrer wirtschaftsstarken und exportorientierten Länder auf Bundesebene durchzusetzen. Nun wird diese Tradition von Kretschmann und Söder wiederbelebt, aber mit ganz anderen Akzenten.

Das mag überraschen, aber bei allem Trennenden haben unsere Bundesländer doch einige gemeinsame Interessen: Von der Stärkung des Föderalismus über die Bewältigung der Energiewende bis zur Transformation der Autoindustrie, an der hier wie dort der Wohlstand und viele Arbeitsplätze hängen.

Ministerpräsident Kretschmann ist der Meinung: „Die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Bayern funktioniert gut“. So gut, dass sich das Landeskabinett aus Stuttgart und das des Freistaats am 23. Juli in Meersburg am Bodensee zur gemeinsamen Sitzung trafen. Gemeinsam will man sich in Berlin Gehör verschaffen. Baden-Württemberg und Bayern wollen in der Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik stärker zusammenarbeiten. Beide Landesregierungen fordern ein neues Gesamtkonzept für die Stromerzeugung in Deutschland, um die Versorgungssicherheit dauerhaft zu garantieren.

Korrektur einer Fehlentscheidung

Nach dem Votum der Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) für Münster als Standort für ein neues Batterieforschungszentrum fordern Bayern und Baden-Württemberg 200 Millionen Euro Forschungsgelder vom Bund. Damit wollen die beiden Südländer ein eigenes Forschungsnetzwerk mit Standorten unter anderem in Ulm, Augsburg, Nördlingen und Karlsruhe aufbauen. Beide Länder wollen dafür aber auch eigenes Geld in die Hand nehmen. In der Kabinettsvorlage heißt es, Bayern und Baden-Württemberg müssten „in der Batterietechnologie eine strategische und industrielle Kernkompetenz entwickeln“. Ziel des „Batterienetzwerks Süddeutschland“ müsse die „Etablierung einer Zellfertigung für Batterien mit höherer Leistung und Effizienz“ sein.

Meine Meinung: Nach der umstrittenen und aus meiner Sicht falschen Entscheidung von Frau Karliczek heißt es für die Grüne Landtagsfraktion: Jetzt erst recht. Baden-Württemberg bietet Spitzentechnologien und Qualität made in Germany für die Elektromobilität und Brennstoffzellentechnik. Woran es noch fehlt, ist eine Batteriezellenproduktion. Denn die Batterietechnologie ist der Schlüssel zur E-Mobilität, zu auskömmlichen Reichweiten der Fahrzeuge und zum Erfolg im Markt. Für uns Grüne ist klar: Die Batterie der Zukunft muss bei uns in Baden-Württemberg und gerne in Kooperation mit Bayern produziert werden. Wir werden erfolgreich sein, wenn wir die besten Batterien anbieten. Ich denke hier an Ressourceneffizienz und Recyclingfähigkeit. Wir müssen nicht nur die besten Batterien anbieten, sondern auch die umweltverträglichsten. Eine von Baden-Württemberg erarbeitete gemeinsame Bundesratsinitiative sieht vor, die rechtlichen Hürden für den Einbau von Ladestellen für Elektrofahrzeuge zu senken. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die E-Mobilität. Dass Bayern und Baden-Württemberg gemeinsame Interessen ohne ideologische Scheuklappen abstimmen können, hat sich zuletzt beim Digitalpakt Schule gezeigt: Gemeinsam wies man im Sinne eines lebendigen Föderalismus den von Berlin gewünschten Durchgriff auf die Länder zurück.

Kurze Nachrichten

Auch mit Eisenmann – CDU ohne Konzept

Am 27. Juli wurde die Kultusministerin Susanne Eisenmann als CDU-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2021 nominiert. Ihr Auftritt macht deutlich, was sich in der grün-schwarzen Koalition schon lange abzeichnet: Es gibt in der CDU Baden-Württemberg keinen Plan für die Zukunft des Landes. Zur Klimapolitik fällt ihnen die Gründung einer Stiftung ein. Wow! Beim Artenschutz versuchen sie verzweifelt, nicht vom Volksbegehren „ProBiene“ überrollt zu werden. Ein neues

Programm hatte auch die neue Spitzenkandidatin nicht im Angebot.
Mein Fazit vor Beginn der Sommerpause: Es ist gut für unser Land, dass mit uns Grünen eine fortschrittliche ökologische Kraft die Regierung anführt.

**Rechnungshof:
Land muss bei
den Ausgaben auf
die Bremse treten**

Kurz vor den Verhandlungen des Doppelhaushalts für die letzten zwei Jahre der Legislaturperiode wächst die Wirtschaft im Land weniger schnell als erwartet. Die Begehrlichkeiten aller Ministerien sind hoch, jeder braucht Geld. Der Landesrechnungshof warnt jedoch, die Ausgaben im Blick zu behalten. Nach den jüngsten Steuerschätzungen würden dem Land in den nächsten zwei Jahren Einnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro fehlen, so der Landesrechnungshof. Die Bereiche Polizei, Duale Hochschulen, der Haushalt und Planungswettbewerbe wurden von den Rechnungsprüfern bei der Vorstellung der „Denkschrift“ für 2019 besonders kritisiert. Weiterer Kritikpunkt: Die Ausgabereise der Ministerien seien in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Ausgabereise sind Gelder, die der Landtag den Ministerien für einen (Doppel-) Haushalt bewilligt hat, die dann von den Ministerien jedoch nicht vollständig ausgegeben wurden. Im Jahr 2017 hat das Land mit 4,2 Milliarden Euro den Höchststand an unverbrauchten Mitteln erreicht, die automatisch an das darauffolgende Jahr übertragen werden und somit das Haushaltsvolumen „aufblähen“.